



## Umweltgesetzgebung: Beteiligung der Öffentlichkeit ist für Schwarz-Gelb ein rotes Tuch

Umweltgesetzgebung: Beteiligung der Öffentlichkeit ist für Schwarz-Gelb ein rotes Tuch  
Zur heutigen Verabschiedung der Novelle zum Umweltrechtsbehelfsgesetz im **Umweltausschuss des Bundestages** erklärt der **umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch**: Die EU rügt Deutschland für die mangelnde Beteiligung von Umweltverbänden bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Schwarz-Gelb schreitet zur Tat, hat nichts Besseres zu tun, als die Beteiligungsrechte von Verbänden und natürlichen Personen faktisch noch weiter zu beschränken. **Transparenz und Bürgerbeteiligung** sind für diese Koalition weiterhin ein rotes Tuch. Der neue Gesetzentwurf zum Umweltrechtsbehelfsgesetz ist geprägt vom tiefen **Misstrauen der Regierung gegenüber dem Sachverstand** durch die Verbände, den diese einbringen. Er bleibt sogar weit hinter der von Deutschland **ratifizierten Aarhus-Konvention** zu Beteiligungsrechten zurück. Die Bundesregierung sollte sich schon jetzt auf die nächste Abmahnung aus **Brüssel** einstellen. Bezeichnend für die Haltung von Schwarz-Gelb ist ebenfalls, dass die in früheren Entwürfen des Gesetzes noch enthaltenen Vorschriften zu **Umweltverträglichkeitsprüfungen** bei Fracking-Vorhaben in der Endfassung **nicht mehr vorkommen**. Während nunmehr zwei verschiedene Umweltminister über mehrere Jahre angekündigt haben, gesetzliche Regelungen zum Fracking vorzulegen, wird die beste Gelegenheit für eine schnelle und wirksame **Verbesserung der Zustände** bewusst nicht wahrgenommen. Ein solches Vorgehen ist an **Scheinheiligkeit** nicht zu überbieten. Schwarz-Gelb schüttert beim Umweltrechtsbehelfsgesetz aber auch gleich das **Kind mit dem Bade** aus und greift ohne Not tief in die **Rechtsdogmatik** der **Verwaltungsgerichtsordnung** ein. Nicht nur in der Anhörung vor dem **Umweltausschuss**, sondern auch durch zahlreiche Gutachten und Stellungnahmen sind die **Berufsverbände der Verwaltungsrichter und Rechtsanwälte** gegen diese Änderung **Sturm** gelaufen. Die heutige Sitzung des **Umweltausschusses** hat einmal mehr dokumentiert, dass die zuständigen Politiker der Koalition nicht einmal dieses Problem erkannt haben. Mit den im Gesetzentwurf enthaltenen verschärften Klageregelungen werden die **Hürden für die Verbände unnötig hoch** gehängt; zu der von Schwarz-Gelb behaupteten **Verfahrensverkürzung** führt dies nicht. Darüber hinaus werden durch die **Modifizierung der Verwaltungsgerichtsordnung** die **Einschränkung und Verschärfung des gerichtlichen Prüfmaßstabes** zugunsten des Vorhabens bezweckt. Besonders problematisch ist die **Regelung hinsichtlich des einstweiligen Rechtsschutzes**, wonach dieser nur noch bei ernstlichen Zweifeln an der **Rechtmäßigkeit des Vorhabens** gewährt werden soll. Eine **Interessenabwägung der Vollzugsfolgen** scheint dagegen überhaupt nicht mehr gewollt zu sein. Diese Regelungen werden sogar auf den **Rechtsschutz von Individualklägern** ausgedehnt. Das ist im Hinblick auf das **Gebot des effektiven Rechtsschutzes** nach Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes sehr **bedenklich**.  
SPD-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030/227-5 22 82  
Telefax: 030/227-5 68 69  
Mail: [presse@spdfraktion.de](mailto:presse@spdfraktion.de)  
URL: <http://www.spdfraktion.de>

### Pressekontakt

SPD-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

[spdfraktion.de](http://spdfraktion.de)  
[presse@spdfraktion.de](mailto:presse@spdfraktion.de)

### Firmenkontakt

SPD-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

[spdfraktion.de](http://spdfraktion.de)  
[presse@spdfraktion.de](mailto:presse@spdfraktion.de)

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 222 Abgeordneten zusammen. Alle Abgeordneten, die im September 2005 gewählt wurden und der SPD angehören, bilden die SPD-Bundestagsfraktion. In der Sitzung vom 21. November 2005 hat die SPD-Bundestagsfraktion Dr. Peter Struck zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Mit seinem sehr guten Wahlergebnis führt Struck als Nachfolger von Franz Müntefering nun die SPD-Bundestagsfraktion.